



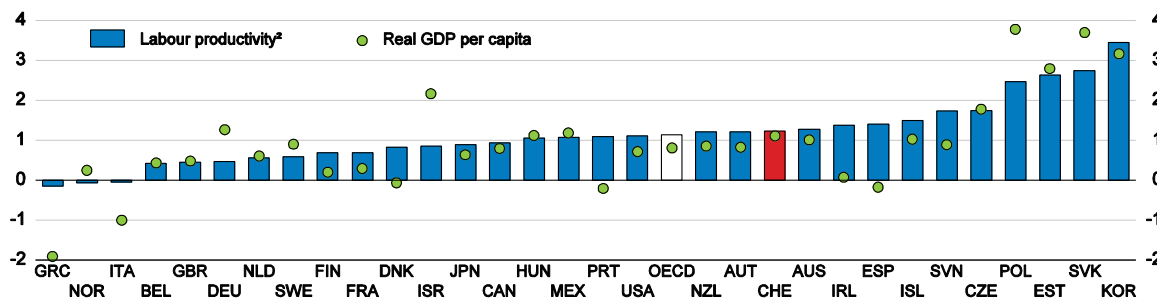
Presserohstoff (Auszüge aus dem Bericht der OECD)

OECD-Länderbericht zur Wirtschaftspolitik der Schweiz (2015)

Robuste Wirtschaftslage - schwache Produktivitätsentwicklung

Das Wirtschaftswachstum in der Schweiz hat seit der Rezession 2009 wieder deutlich angezogen. Wachstumsmotoren waren gemäss der OECD die tiefen Zinsen, die hohe Zuwanderung und der bis im Januar 2015 geltende Mindestkurs. Die Inflation war niedrig oder sogar negativ, insbesondere aufgrund des starken Frankens. Die Wohlstandsindikatoren sind ausgezeichnet und widerspiegeln die tiefe Arbeitslosigkeit und eine deutliche Zunahme der Real-löhne.

Allerdings habe die Aufwertung des Schweizer Frankens infolge des aufgehobenen Mindestkurses zu einer Konjunkturertrübung geführt. Die OECD befürchtet zudem, dass sich das Resultat der Abstimmung gegen die Masseneinwanderung vom Februar 2014 negativ auf das Wachstum auswirken könnte. Ausserdem nimmt die Produktivität nur langsam zu. So sind zwar die Reallöhne in den letzten Jahren stark gestiegen, die Arbeitsproduktivität tendiert dagegen seitwärts, wenn auch auf vergleichsweise hohem Niveau. Dies könnte teilweise auf die vermehrte Schaffung von Arbeitsplätzen in Sektoren mit niedriger Produktivität zurückzuführen sein. Die Zahl der in den staatlichen und halbstaatlichen Sektoren geschaffenen Arbeitsplätze hat zwischen 2003 und 2013 beispielsweise stärker zugenommen als die Gesamtbeschäftigung. Die OECD empfiehlt deshalb, der Steigerung der Produktivität im Rahmen der Wirtschaftspolitik eine besondere Bedeutung beizumessen.



Arbeitsproduktivität und reales BIP pro Kopf, 2005–2014

Jährliche Veränderung in Prozent

Quelle: OECD

Produktivitätssteigerungen wären beispielsweise durch eine Intensivierung des Wettbewerbs möglich, insbesondere im Energie- und Telekomsektor. Ebenfalls verschärft werden könnte der Wettbewerb bei den Postdiensten, im Gesundheitsbereich und bei den reglementierten Berufen. Auch der Agrarsektor könnte produktiver werden. Die Aufhebung der Preisstützungs-

massnahmen zugunsten von Direktzahlungen hat die Wettbewerbsverzerrungen in der Landwirtschaft zwar verringert. Die Direktzahlungen machen aber immer noch rund zwei Drittel des Beitrags der Landwirtschaft zum BIP der Schweiz aus. Auch die Handelshemmnisse wirken sich nachteilig auf die Produktivität dieses Sektors aus.

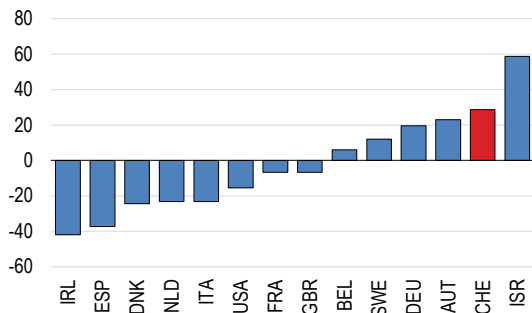
Durch eine optimalere Nutzung des weiblichen Arbeitskräftepotenzials könnten nach der OECD die Wachstumsaussichten auf mittlere Sicht verbessert werden. Die Beschäftigungsquote der Frauen in der Schweiz gehört zwar zu den höchsten der OECD-Länder, bei der Zahl der von ihnen durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden liegt die Schweiz jedoch weit hinten. Das unzureichende und teure Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie steuerliche Aspekte tragen dazu bei.

Wichtigste Empfehlungen für politische Massnahmen bezüglich Konjunktur, Produktivität und Wachstum:

- Schuldenbremse beibehalten und gleichzeitig volle Entfaltung der automatischen Stabilisatoren ermöglichen.
- Weitere Öffnung des Energie- und Telekomsektors gegenüber der Konkurrenz, namentlich durch die Privatisierung der Swisscom.
- Weiterführen der Reformen im Agrarsektor.
- Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik auf Massnahmen zur Produktivitätssteigerung legen.
- Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen, namentlich auf Indien und die USA.
- Massnahmen für eine verstärkte Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen, beispielsweise durch die Weiterentwicklung des Angebots an Kinderbetreuungsstrukturen und die Einführung der Individual- anstelle der Familienbesteuerung.

Massnahmen zur Verringerung der Spannungen auf dem Markt für Wohnimmobilien

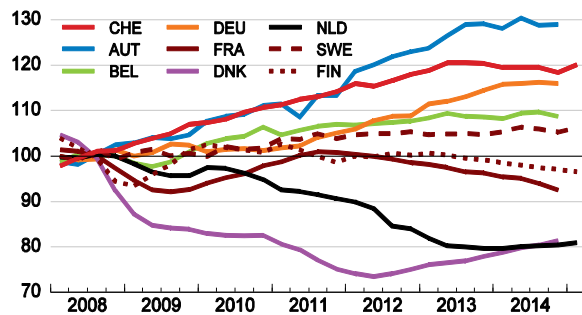
Die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren rasch gestiegen, vor allem in gewissen Regionen. Gemäss verschiedenen Indikatoren haben sich die Wohnungspreise zwischen 2000 und 2014 praktisch verdoppelt, während die Preise für Einfamilienhäuser einen Anstieg um fast 60 Prozent verzeichneten. Die Preiszunahmen variierten dabei erheblich zwischen den Kantonen. Die Transaktionen im Immobiliensektor waren zahlreich und das Hypothekarvolumen wuchs deutlich stärker als das verfügbare Einkommen. Folglich ist das Verhältnis zwischen der Hypothekarschuld für Wohneigentum und dem BIP mit 120 Prozent eines der höchsten im OECD-Raum – und das trotz einer der tiefsten Wohneigentumsquoten in der OECD von nur etwa 40 Prozent. Darüber hinaus sind die Banken stark exponiert, machen die Hypotheken doch mehr als 80 Prozent der nationalen Bankkredite aus (ohne Interbankenmarkt). Die Risikoexposition des Bankensektors am Hypothekarmarkt ist somit die sechsthöchste im OECD-Raum.



Realpreiszunahme bei Wohnimmobilien

Veränderung in Prozent 2007–2014

Quelle: OECD



Verhältnis Wohnimmobilienpreise-Einkommen

(Nominalpreis für Wohnimmobilien geteilt durch das nominale verfügbare Einkommen pro Kopf)

2008 = 100, Quelle: OECD

Die hohen Wohnimmobilienpreise erhalten durch die sehr tiefen Zinssätze, das durch die Zuwanderung verursachte Bevölkerungswachstum und die Abnahme der Haushaltsgrößen weiter Auftrieb. Die Nachfrage wird aber auch durch die steuerliche Abzugsfähigkeit der Hypothekarzinsen und institutionelle Investoren angekurbelt. Gleichzeitig hielt das Angebot an Wohnimmobilien nicht mit den Preiserhöhungen Schritt. Dass eine Reaktion ausblieb, ist unter anderem auf die einschränkenden raumplanerischen Vorschriften zurückzuführen.

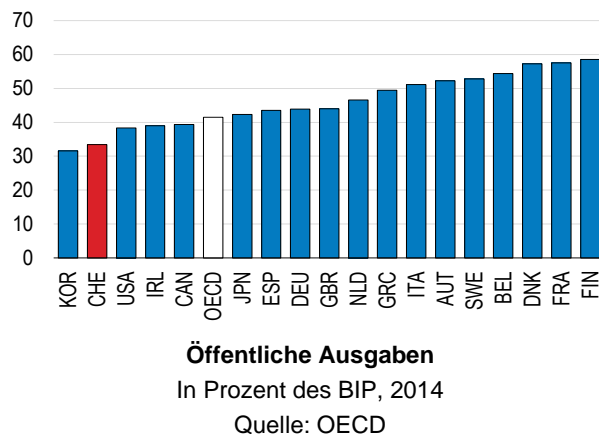
Die Banken und die Behörden haben in den letzten drei Jahren verschiedene Massnahmen getroffen, um die Risiken im Bankensektor zu reduzieren und die Spannungen am Markt zu verringern. Erwähnenswert ist hier beispielsweise, dass Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer neu einen Eigenmittelanteil von mindestens 10 Prozent des Immobilienwerts einzubringen haben, der nicht durch eine Verpfändung oder den Vorbezug von Pensionskassengeldern finanziert werden kann, oder auch die Pflicht zur Amortisation der Hypothek. Ein zu Beginn des Jahres 2013 geschaffener antizyklischer Kapitalpuffer verpflichtet die Banken dazu, zusätzliches Kernkapital zu halten, wobei die Höhe von ihren risikogewichteten und durch Wohnimmobilien im Inland gesicherten Positionen am Hypothekarmarkt abhängig ist. Im Januar 2014 wurde dieser Puffer von 1 auf 2 Prozent erhöht. Trotz dieser Massnahmen ist gemäss der OECD das auf den Banken lastende Risiko nach wie vor hoch.

Wichtigste Empfehlungen zur Verringerung der Spannungen auf dem Markt für Wohnimmobilien:

- Bereitstellung eines Dispositivs, mit dem explizit auf Tragbarkeitsrisiken bei der Finanzierung von Wohneigentum reagiert werden kann. Dieses ist bei Bedarf zu aktivieren, um die Gefährdung der Finanzstabilität aufgrund von Ungleichgewichten auf den Wohnimmobilien- und Hypothekarmärkten zu begrenzen.
- Genaue Überwachung der Hypothekarkredite, die Unternehmen oder Haushalten für den Kauf von Wohnimmobilien zur Vermietung gewährt werden, da dieser Sektor unter Umständen weniger sensibel auf die kürzlich getroffenen regulatorischen Massnahmen reagiert als der Sektor des selbstgenutzten Wohneigentums.
- Revision der Vorschriften im Bereich Raumplanung zur Förderung der Siedlungsverdichtung.
- Einschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Hypothekarzinsen, sodass diese zusammen mit den Unterhaltskosten den Eigenmietwert nicht übersteigen. Die Eigenmietwertberechnungen sollten häufiger aktualisiert werden, um den effektiven Marktwert genauer abzubilden.

Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben steigern

Trotz der relativ geringen öffentlichen Ausgaben (2014: 33,5 Prozent des BIP) erzielt die Schweiz in vielen Bereichen sehr gute Leistungen und eine hohe Qualität, darunter im Gesundheitswesen, in der Bildung und bei der Infrastruktur. Dennoch sieht sich die Schweiz gemäss der OECD mit Herausforderungen konfrontiert, die eine Erhöhung der Ausgaben oder aber eine weitere Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor erfordern. Wie in den meisten OECD-Ländern belastet das rückläufige Verhältnis zwischen Arbeitnehmenden und Pensionierten das System der Altersvorsorge. Ausserdem verursachen die steigende Lebenserwartung und das immer häufigere Vorkommen chronischer Gesundheitsprobleme höhere Gesundheitskosten, vor allem im Bereich der Langzeitpflege.



Die OECD empfiehlt daher, sich auf die Steigerung der Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben zu konzentrieren. So sollte – angesichts der sehr positiven Auswirkungen – das Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder im Vorschulalter ausgebaut werden, insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Ausserdem sollten die Kantone darauf achten, dass die Studierfähigkeit der Maturandinnen und Maturanden verbessert wird, um so die Zahl der Studienabbrüche zu verringern. Die politischen Massnahmen müssen ferner an den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt angepasst werden: Das Angebot und die Attraktivität von Studienrichtungen, für die eine grosse Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besteht, sollten verbessert und die Profile der Ausbildungsgänge auf Tertiärstufe (Hochschulbereich sowie Höhere Berufsbildung) weiter geschärft werden.

Im Gesundheitsbereich könnte die Effizienz gemäss der OECD mit einem weiteren Ausbau von *Managed Care* Modellen erhöht werden. Eine systematische Sammlung von Daten zur Pflegequalität würde den Patientinnen und Patienten sowie den Dienstleistern bewusstere Entscheidungen ermöglichen. Schliesslich sollte der Mechanismus zur Preisfestsetzung bei Generika, die zu teuer sind, überprüft werden. Im Verkehrsbereich könnten Verkehrsspitzen mithilfe eines für Stosszeiten geltenden *Mobility Pricing* für Strasse und Schiene gebrochen werden. Die Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben hängt jedoch auch von einer optimalen Mittelverteilung ab. Die steigenden Sozialleistungen schränken die öffentlichen Ausgaben ein und drohen wichtige Ausgabenkategorien zu verdrängen. Die rasche Zunahme der Sozialleistungen könnte durch eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung abgedeckt werden.

Wichtigste Empfehlungen zur Steigerung der Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben:

- Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Betreuungs- und Bildungsangebote für Vorschulkinder, insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen (darunter auch Kinder mit Migrationshintergrund); gleichzeitig könnte das im Kanton Luzern angewendete System der Betreuungsgutscheine gesamtschweizerisch eingeführt werden.
- Prüfung von Lösungen, um die Zahl der Studienabbrüche an Universitäten zu reduzieren.

- Verbesserung des Angebots und der Attraktivität von Studienrichtungen, die auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt sind. Weitere Schärfung der Profile in den Ausbildungsgängen auf Tertiärstufe.
- Änderung des Mechanismus zur Preisfestsetzung bei Generika durch Rückerstattung eines im Voraus festgelegten Betrags.
- Förderung systematischer Vergleiche der Spitalkosten. Steigen die Tarife trotz der jüngsten Reformen weiter, ist die Einführung einer gesetzlichen Regelung in Betracht zu ziehen, bei der die Tarife mittels Referenzkosten begrenzt werden.
- Festlegung des Rentenalters auf 65 Jahre für beide Geschlechter mit anschliessender Koppelung an die Lebenserwartung. Um frühzeitige Pensionierungen zu reduzieren, sollten bestehende Anreize verringert werden und Personen, die länger arbeiten wollen, eine höhere Rente erhalten.

Fragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel

Die Treibhausgasemissionen pro Kopf in der Schweiz sind gegenüber den Werten anderer Länder relativ gering und seit 1990 praktisch unverändert geblieben. Angesichts der bereits niedrigen Emissionsniveaus sind die geschätzten Grenzkosten für Emissionsreduktionen vergleichsweise hoch. Das Ziel einer Reduktion dieser Emissionen bis 2020 um 20 Prozent gegenüber den Niveaus von 1990 ist daher nicht einfach zu erreichen.

Laut der OECD stellen Subventionen und die Einspeisevergütung für Elektrizität nicht unbedingt den besten Weg dar, um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu fördern. Diese langfristigen Verpflichtungen für die Auszahlung von Vergütungen schränken den Staat finanziell ein – dem gilt es beizukommen oder die Belastung zumindest zu reduzieren. Anstatt auf die erwähnten Instrumente zurückzugreifen, könnte die Schweiz auch Lösungen anwenden, die stärker auf die Entwicklung der Marktbedingungen reagieren, namentlich die Gewährung von Subventionen und Einspeiseprämien im Rahmen von Ausschreibungen. Zudem wären die Massnahmen zur Emissionsreduktion im Industriesektor gemäss der OECD wirksamer, wenn die Verknüpfung des schweizerischen und des EU-Emissionshandelssystems wie geplant weiterverfolgt würde. Schliesslich sollten die impliziten Subventionen von Kohlestoffemissionen durch die Befreiung von der CO₂- und anderen Abgaben eingeschränkt werden.

Wichtigste Empfehlungen für den Kampf gegen den Klimawandel:

- Erhöhung der CO₂-Abgabe und Abschaffung der Möglichkeiten zur Befreiung von dieser Abgabe und anderen Ökosteuern.
- Anbindung des Schweizer- an das EU-Emissionshandelssystem.
- Vermehrte Nutzung von Marktmechanismen zur Reduktion der Kosten des Umstiegs von Atomstrom auf erneuerbare Energien. Insbesondere müsste das aktuelle Konzept der Einspeisevergütungen überdacht werden.